

Medienmitteilung der Aktion Finanzplatz Schweiz und der Erklärung von Bern

Gesetzeslücke behindert die transparente Rückführung von Potentatengeldern

Die Schweizer Regierung will dem ehemaligen haitianischen Diktator Jean-Claude Duvalier und seiner Familie Anfang Juni 7.5 Millionen Dollar freigegeben, die auf einem Schweizer Bankkonto seit 2002 blockiert sind. Haitianische und Schweizer Nicht-Regierungsorganisationen (NGO)* rufen die Schweiz dringend auf, die Gelder weiterhin blockiert zu halten. Die geplante Freigabe wäre ein Schlag ins Gesicht der haitianischen Bevölkerung.

(Basel/Lausanne, 25. Mai 2007) Die Rückzahlung an den Duvalier-Clan, der die Bevölkerung Haitis jahrzehntelang ausgeplündert hat, soll schon am 3. Juni stattfinden. Haitianische und Schweizer NGO, welche zu Potentatengeldern arbeiten, finden diesen Schritt absolut skandalös. Die Duvaliers haben Haiti geschätzte 900 Millionen Dollar gestohlen. Die Familie ist in Drogen-, Waffen- und Geldwäschereigeschäfte mit der amerikanischen Mafia verwickelt. Die Auslandsschulden Haitis betragen ca. 1,4 Milliarden Dollar, wovon mehr als 45% während der Diktatur der Duvaliers entstanden. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt unter 500 Dollar jährlich, was Haiti zu einem der ärmsten Länder der Welt macht.

Es darf nicht sein, dass eine schweizerische Gesetzeslücke zur Belohnung von Diktatoren, ihnen nahe stehenden Personen und von korrupten Regierungsmitgliedern führt, welche die Staatskasse geplündert, Entwicklungsgelder gestohlen und Menschenrechte verletzt haben. Entsprechend fordern die NGO:

- Sofortige erneute Blockierung der Gelder
- Sicherstellung, dass die Gelder transparent zurückgeführt werden und der haitianischen Bevölkerung zu Gute kommen
- Verhinderung eines Zugriffs durch Jean-Claude Duvalier, seine Freunde oder Mitglieder seiner Familie auf die Gelder
- Dringende rechtliche Massnahmen, um die bestehende Gesetzeslücke zu schliessen

Die Schweizer NGO begrüssen die Verlautbarung von Botschafter Paul Seger (EDA), es sei wünschbar, möglichst rasch eine Gesetzesänderung umzusetzen, um trotz des mangelnden Justizsystems des betreffenden Landes die Gelder blockiert zu halten, „wenn es offensichtlich ist, dass die Mängel des Justizsystems die direkte Folge der missbräuchlichen oder subversiven Politik des Diktators sind“. Es steht ausser Zweifel, dass dies in Haiti der Fall ist. Deshalb muss jetzt schnell gehandelt werden.

Weitere Informationen:

Max Mader, Aktion Finanzplatz Schweiz, +41 78 808 21 53

* Aktion Finanzplatz Schweiz, Brot für Alle, Centre Europe - Tiers Monde (CETIM), Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers-Monde (CADTM-Suisse), Erklärung von Bern, Fastenopfer, Plate-forme haïtienne de Plaidoyer pour un Développement Alternatif (PAPDA), Transparency International Swiss Chapter